

An das

Bundeskanzleramt
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz
und die
Hessische Staatskanzlei
Herrn Ministerpräsident Boris Rhein

Nachrichtlich an die zuständigen Parlamentarier für den Landkreis Waldeck-Frankenberg
Mitglieder des EU-Parlaments
Mitglieder des Bundestages
Mitglieder des Landtages

Korbach, 27.02.2023

Offener Brief des Landkreises Waldeck-Frankenberg und seiner Städte und Gemeinden

Allendorf (Eder), Bad Arolsen, Bad Wildungen, Battenberg (Eder), Burgwald,
Diemelsee, Diemelstadt, Edertal, Frankenau, Frankenberg (Eder), Gemünden
(Wohra), Haina (Kloster), Hatzfeld (Eder), Korbach, Lichtenfels, Rosenthal, Twistetel,
Vöhl, Volkmarsen, Waldeck und Willingen (Upland)

zum Thema Zustrom von Flüchtlingen

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rhein,

- Uns Verantwortliche vor Ort treiben, unabhängig unserer Parteiherkunft, die gleichen Sorgen um: Wie schaffen wir es, den beispiellosen Zuzug von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und Asylzuwanderern aus anderen Staaten so zu bewältigen, dass am Ende nicht nur Verlierer dastehen?
- Wir müssen an dieser Stelle nicht betonen, dass unsere Kommunen grundsätzlich bereit sind, humanitäre Hilfe für Menschen in Not, im Rahmen unserer Möglichkeiten, zu gewähren und dass alle Unterzeichner für eine weltoffene Gesellschaft stehen. Dies ist selbstverständlich und eint uns.

Ziel dieses offenen Briefes ist es, rechtzeitig darauf hinzuweisen, dass wir vor Ort immer mehr an die Grenzen des Machbaren gelangen.

- Es sind besondere Kraftanstrengungen notwendig, die alle grundlegenden Fragen, wie Unterkunft, frühkindliche Integration in den Kindertagesstätten, lückenlose Schulbildung, Berufsausbildung sowie Einfädelerung in den Arbeitsmarkt betreffen. All das ist eine Zukunftsfrage, eine Aufgabe, die auf Jahre angelegt ist und mit einer entsprechenden Weitsicht angegangen werden muss. Wer diese Dimension erkennt, muss sich fragen, worauf die Bundesregierung eigentlich noch wartet.
2022 war das Jahr mit der stärksten Zuwanderung von Schutzsuchenden seit Bestehen der Bundesrepublik.

- Aber der Problemdruck steigt weiter. Die in diesen Tagen beginnende Frühjahrsoffensive der russischen Armee in der Ostukraine wird erneut Hunderttausende aus dem leidgeprüften Land zur Flucht bewegen. Auch dafür müssten jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden.

- Eine vordringliche Herausforderung ist und bleibt, menschenwürdige Unterkünfte zu finden und das auf einem mittlerweile leer gefegten Wohnungsmarkt. Eine Unterbringung, die nach den Pandemie Jahren nicht wieder Schüler und Vereine betreffen darf und deshalb jenseits von Turnhallen organisiert werden muss.

Bliebe als Alternative nur der Aufbau von Zelt- und Containerunterkünften. Auch hier kommt der Beschaffungsmarkt inzwischen an seine Grenzen.

- Aber, wie sollen wir diese Probleme lösen?
Genauso wie auch den Mangel an Personal – ob hauptamtlich oder ehrenamtlich?

(Anmerkung zum ehrenamtlichen Personal:

Viele Helfer sind nach der Corona-Pandemie und der immer noch erforderlichen Begleitung zahlreicher ab 2015/2016 zu uns gekommener Menschen aus Syrien, der Türkei oder Afghanistan erschöpft. Das gilt sowohl für das Haupt- wie auch für das Ehrenamt. Um es mit Joachim Gauck zu sagen: „Das Herz des Deutschen ist nach wie vor groß, aber die Möglichkeiten sind begrenzt.“)

- Seit Jahren helfen wir vielen Menschen, hier in Sicherheit zu leben. Das schaffen wir nur durch den unglaublichen Zusammenhalt der kommunalen Familie und der vielen Helfer vor Ort. Wir sind sehr leistungsstark, haben aber mittlerweile den Eindruck, dass derzeit offenbar getestet werden soll, wo unsere Grenzen liegen bzw. wann sie überschritten werden.

Wir fragen daher:

- Wie sollen wir die nötigen Unterkünfte und Wohnungen generieren?
(Anmerkung: Die Lage am Wohnungsmarkt verschärft sich massiv durch die Fluchtbewegungen. Schon heute finden viele ansässige Familien nur noch schwer adäquaten Wohnraum.)

Wir fordern deshalb:

- Aktives Steuern und Begrenzen des Zustroms an Flüchtlingen (z.B. aus den Ländern Nordafrikas)
- Mehr Erstaufnahmeunterkünfte auf Bundes- und Landesebene, um den enormen Unterbringungsdruck, dem die Landkreise, Städte und Gemeinden derzeit ausgesetzt sind, zu verringern.
- Sicherheit bei der Feststellung von Identität und Strafregister.
- Aktive Rückführung von Menschen, die sich unrechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, damit wir unsere Ressourcen für die einsetzen können, die wirklich unserer Hilfe bedürfen!
- Konsequente Anwendung von Gesetzen, um der aktuellen Lage gerecht zu werden. (Anmerkung: Die angekündigte „Rückführungsoffensive“ ist bisher nicht erkennbar.)
- Garantie des Bundes, dass sämtliche, flüchtlingsbedingten Kosten nicht auf der kommunalen Ebene hängen bleiben.
- Keine weiteren Anreize, sich aus wirtschaftlichen Gründen auf den Weg in die Bundesrepublik Deutschland zu begeben.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rhein,

Wir kommen an unsere Grenzen.

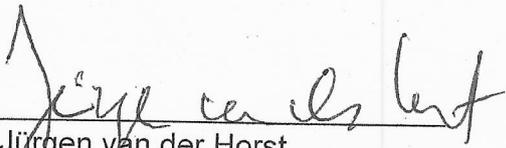
Wir brauchen Unterstützung.

Wir brauchen klare Antworten und das sofort.

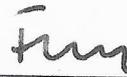
In einem Hilferuf des Landkreises Main-Taunus an die Bundesregierung steht:
„Bitte überfordern Sie unsere Strukturen nicht, helfen Sie uns, den Menschen zu helfen.“

Dem können wir uns nur anschließen.

Mit freundlichen Grüßen

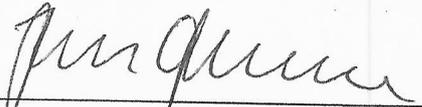


Jürgen van der Horst
Landrat des Landkreises
Waldeck-Frankenberg



Karl-Friedrich Frese
Erster Kreisbeigeordneter des
Landkreises Waldeck-Frankenberg

sowie die Bürgermeister



Claus Junghenn
Bürgermeister Allendorf (Eder)/
Bromskirchen



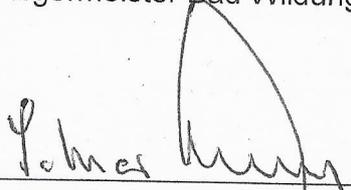
Marko Lambion
Bürgermeister Bad Arolsen



Ralf Gutheil
Bürgermeister Bad Wildungen



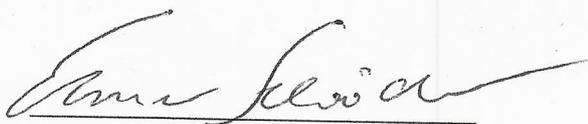
Christian Klein
Bürgermeister Battenberg (Eder)



Lothar Koch
Bürgermeister Burgwald



Volker Becker
Bürgermeister Diemelsee



Elmar Schröder
Bürgermeister Diemelstadt



Klaus Gier
Bürgermeister Edertal

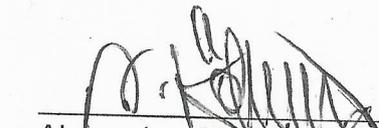


Rüdiger Heß
Bürgermeister Frankenberg/Eder

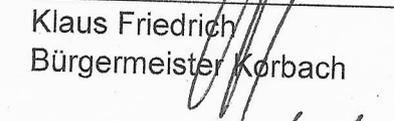


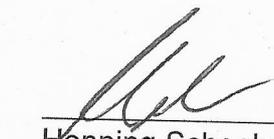
Manuel Steiner
Bürgermeister Frankenau

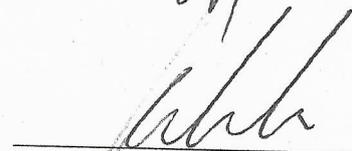

Frank Gleim
Bürgermeister Gemünden (Wohra)

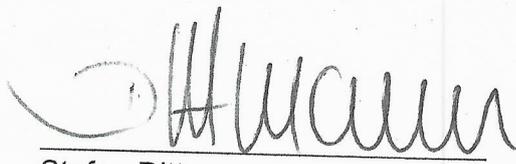

Alexander Köhler
Bürgermeister Haina (Kloster)


Dirk Junker
Bürgermeister Hatzfeld (Eder)

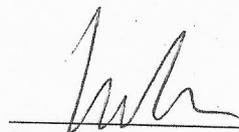

Klaus Friedrich
Bürgermeister Korbach


Henning Scheele
Bürgermeister Lichtenfels

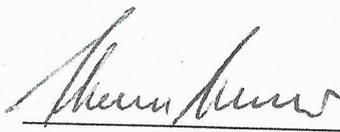

Stefan Jakob
Bürgermeister Rosenthal


Stefan Dittmann
Bürgermeister Twistetal


Karsten Kalhöfer
Bürgermeister Vöhl


Hendrik Vahle
Bürgermeister Volkmarsen


Jürgen Vollbracht
Bürgermeister Waldeck


Thomas Trachte
Bürgermeister Willingen